

Verwaltung | DV des Zentralverbands der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis (ZMLP)

Staatsbeamte fordern bessere Arbeitsbedingungen



Unterschiedliche Wahrnehmung. ZMLP-Präsidentin Marylène Volpi Fournier stiess mit ihren Forderungen bei Staatsrat Oskar Freysinger mehr oder weniger auf taube Ohren.
Foto: wb

Siders. Anlässlich der DV des ZMLP vom vergangenen Samstag in der HES-SO in Siders machten die Staatsbeamten ihrem Ärger Luft und forderten eine bessere Personalpolitik auf den drei Pfeilern Lohnsystem, Arbeitsbedingungen und Pensionskasse.

Die sich wiederholenden unüberlegten, konzeptlosen politischen Attacken auf die Arbeitsbedingungen der Staatsdiener würden die Attraktivität des Staates als Arbeitgeber gefährden. Für den Kanton Wallis werde es immer schwieriger, gut qualifiziertes Personal anzustellen und zu halten.

Schmerzgrenze laut ZMLP überschritten

«Erfolgreich wurde in den letzten Jahren vom Kanton eine Finanzkrise heraufbeschworen. Dabei ist die Entwicklung der Staatsfinanzen alles andere als alarmierend, ja sogar gut. Die Staatsrechnung 2015 verzeichnete einen hohen Gewinn von über 140 Millionen Franken. Und für 2016 wird ein noch höherer Gewinn erwartet. Noch bevor das erste Sparpaket volle Wirkung zeigte, wurde bereits ein zweites (Prüfung der Aufgaben und Strukturen PAS2) geschnürt. Die übertriebene Sparwut der Walliser Politik haben insbesondere auch die Mitarbeitenden des Staates Wallis zu spüren bekommen», so ZMLP-Präsidentin Marylène Volpi Fournier. Diese hätten seit dem Jahr 2000 rund eine Milliarde Franken an Einsparungen erbringen müssen. Die

Rede ist etwa von Personalstopp, Einführung von Anlaufstufen und Warteklassen im Lohnsystem, Erhöhung des Rentenalters oder Primatwechsel in der Pensionskasse.

Mit der Anwendung eines Koeffizienten von 0,6 auf gewissen Lohnbestandteilen wurde die Schmerzgrenze der Staatsdiener laut ZMLP überschritten. «Dies bedeutet, dass wir vier bis sechs Tage gratis arbeiten», so Volpi Fournier. Dies sei umso schmerzlicher vor dem Hintergrund, dass das Personal des Kantons Wallis mit einer Unterdotierung von 15 Prozent gegenüber vergleichbaren Kantonen oder dem Schweizer Durchschnitt arbeite. Die Zitrone sei ausgepresst. Nichtsdestotrotz müsse man hinsichtlich der Pensionskasse aufgrund der ständig wachsenden Lebenserwartung und sinkenden Renditen ein weiteres Mal schmerzhafte Einbussen in Kauf nehmen.

Anliegen finden beim Staatsrat kaum Gehör

Nicht selten stehen im Grossen Rat die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer des Kantons im Vergleich zur Privatwirtschaft zur Debatte. «Dabei werden allerdings Äpfel mit Birnen verglichen. Es versteht sich von selbst, dass der Staat als Arbeitgeber von rund 10000 Angestellten nicht mit einem Treuhandbüro mit 15 oder einer kleinen Bauunternehmung mit 10 bis 20 Mitarbeitenden verglichen werden kann. Vielmehr steht der Staat in Konkurrenz mit der Bundesverwaltung, anderen Kantonsverwaltungen und grossen Unternehmen wie UBS, Swisscom oder Lonza», so die ZMLP-Präsidentin. Man fordere deshalb einen fairen Vergleich zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst.

Der DV vom vergangenen Samstag wohnten auch die beiden Staatsräte Maurice Tornay und Oskar Freysinger bei. Stellvertretend für die Walliser Politik hat der ZMLP den beiden seine Erwartungen mitgeteilt. In sieben formulierten Punkten (siehe Kontext-Box) wehren sich die Staatsangestellten gegen weitere Sparmassnahmen auf ihrem Buckel und verlangen eine Kompensation der durch die Anwendung des besagten Koeffizienten von 0,6 erfahrenen Lohneinbussen.

Tornay und Freysinger stellten sich den Fragen der teils aufgebrauchten Staatsangestellten und erläuterten ihnen die finanziellen Aussichten des Kantons für die nächsten vier Jahre. Anders als der ZMLP schätzen sie die Situation nicht ganz so optimistisch ein. Den Anliegen des ZMLP schenken sie kaum Gehör. Einzig, was die Anpassung des Indexes von 0,6 auf 1 betrifft, gab es von Tornay positive Signale.

mk

14. November 2016, 00:00